

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Fürst Hans-Adam: EWR Ja, EG Nein

Fürst Hans-Adam II. hat sich in einem Interview mit der in Deutschland erscheinenden Wirtschaftswoche für einen Beitritt Liechtensteins zum EWR-Abkommen, aber gegen einen EG-Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Auf die Frage, was Liechtenstein machen sollte, wenn die Schweiz eine Vollmitgliedschaft bei der EG anstrebe, erklärte Fürst Hans-Adam II. gemäss Wirtschaftswoche: «Für uns wäre eine Mittellösung das Ideale, zumindest für die absehbare Zukunft. Der EWR-Vertrag wäre für uns ideal, dann sind wir wirtschaftlich integriert. Unsere politischen Ambitionen sind im Augenblick nicht so gross, dass wir unbedingt mitbestimmen wollen, wie das Europa der Zukunft ausschaut. Wir möchten nur wirtschaftlich integriert sein.»

In diesem Interview ging Fürst Hans-Adam II. auch auf die Frage der «Steuerparadiesen» ein. Auch bei einer wirtschaftlichen Integration Liechtensteins glaubt nach diesen Ausführungen unser Staatsoberhaupt an den Fortbestand Liechtensteins als Steuerparadies. «Man muss dabei in Betracht ziehen», meinte er, «dass die EG bereits jetzt einige Steuerparadiese haben und diese auch akzeptieren.»

Und weiter führte er zu diesem Thema aus, dass es noch eine Reihe von Steuerparadiesen innerhalb der EG gebe, «wo ich mir sage, das sind – verglichen mit Liechtenstein – fast paradisiische Zustände.»

Das Interview drehte sich auch um die Besitzungen des Fürstenhauses in der Tschechoslowakei. Dabei betonte Fürst Hans-Adam II., dass das Fürstenhaus in bezug auf die Rückkehrhaltung dieser Gebiete keine hochgesteckten Erwartungen habe.



Im Rahmen seines kurzen Besuchs in Liechtenstein stattete der bulgarische Aussenminister Stoyan Ganev auch der Regierung einen Besuch ab und besprach sich mit Regierungschef Brunhart und Vizeregierungschef Wille. (Bild: Beat Schurte)



Der bulgarische Aussenminister Stoyan Ganev hielt sich gestern zu einem Besuch in unserem Land auf und traf auf Schloss Vaduz mit Fürst Hans-Adam II. zu einem Gespräch zusammen. (Bild: Beat Schurte)

«Investitionen in Bulgarien sind wie Anlagen in Goldminen»

Besuch des Aussenministers von Bulgarien, Stoyan Ganev, bei Fürst Hans-Adam II. und der Regierung – Suche nach Investitionspartnern

(G.M.) – Der frühere Ostblock sucht Partner im Westen, um die Wirtschaft auf marktwirtschaftlichen Kurs mit Hilfe westlicher Firmen und Regierungen zu bringen. Der Aussenminister Bulgariens, Stoyan Ganev, der sich gestern zu einem kurzen Besuch in unserem Land aufhielt, weckte grosse Hoffnungen. «Investitionen in Bulgarien», so betonte er im Rahmen eines Treffens mit Mitgliedern der Regierung, der Industrie und der Dienstleistungen, «sind wie Anlagen in Goldminen.»

Der bulgarische Aussenminister Stoyan Ganev war Teilnehmer am Internationalen Weltwirtschaftsforum in Davos und reiste von dort zuerst nach Bern, wo er mit Bundespräsident und Aussenminister René Felber zusammentraf, an-

schliessend stattete er Liechtenstein einen Besuch ab. Auf Schloss Vaduz war Aussenminister Ganev zu Gast bei Fürst Hans-Adam II. Im Regierungsgebäude traf er mit Regierungschef Hans Brunhart sowie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und Wirtschaftsminister René Ritter zusammen.

Möglichkeiten der Zusammenarbeit

Aussenminister Ganev lotete in unserem Land die Möglichkeiten der Zusammenarbeit aus, die sich zwischen Liechtenstein und Bulgarien ergeben könnten. Dem Vernehmen nach sprach er mit Fürst Hans-Adam II. auf Schloss Vaduz auch über den Vorschlag des Fürsten vor der UNO, eine Initiative der Vereinten Nationen zum Selbstbestimmungsrecht

der Völker in die Wege zu leiten. Bulgarien, das nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Systems ebenfalls mit Problemen verschiedener Bevölkerungsgruppen konfrontiert war, zeigte sich diesem Vorschlag gegenüber sehr aufgeschlossen. Bulgarien möchte, nachdem es bei der KSZE-Konferenz in Prag in der vergangenen Woche als Mitglied dabei war, auch als Mitglied dem Europarat beitreten.

Wirtschaftskreise angesprochen

Die Regierung besprach, wie Regierungschef Hans Brunhart ausführte, Möglichkeiten der Zusammenarbeit. In Frage kommen dabei vor allem der Austausch von Studenten und Fachleuten sowie von Bildungsprogrammen, wobei der

bulgarische Aussenminister insbesondere den Bankenbereich ansprach. Nach seinen Worten ist Bulgarien auch interessiert am Aufbau kultureller Beziehungen.

Als wichtigsten Schritt jedoch bezeichnete er die Förderung von Investitionen durch ausländisches Kapital, wobei er vor allem den Bereich der Touristik, der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie unterstrich. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass möglichst viele Geschäftsleute aus Liechtenstein die Möglichkeit zur Investition in Bulgarien ergreifen würden. Bulgarien ist nach seinen Ausführungen insbesondere an einer möglichst baldigen Stabilisierung im wirtschaftlichen, politischen, sozialen und juristischen Sektor gelegen.

Regierungschef Brunhart hält vorerst am EWR-Beitritt fest

Pressegespräch am Dienstag mit den Mitgliedern der Regierung – EWR-Abkommen und Landwirtschaftspolitik standen im Vordergrund

(G.M.) – Regierungschef Hans Brunhart wehrte sich am Pressegespräch, das am Dienstag in Vaduz stattfand, gegen Vorwürfe, die liechtensteinische Verhandlungsdelegation habe bei den EWR-Verhandlungen schlecht verhandelt und nicht wie andere Staaten Ausnahmeregelungen erreicht. Neben dem EWR-Vertrag stand beim Pressegespräch die künftige Landwirtschaftspolitik im Vordergrund, nachdem der schweizerische Bundesrat in der letzten Woche den 7. Landwirtschaftsbericht veröffentlichte. Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille erklärte dazu, dass sich die liechtensteinische Landwirtschaftspolitik auf die in diesem Bericht vorgesehene Kurskorrektur einstellen müsse.

Über den Zollvertrag verfolgt Liechtenstein eine ähnliche Landwirtschaftspolitik wie die Schweiz, unterstrich Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille am Pressegespräch und führte weiter aus, dass die Bestrebungen zur Aufarbeitung der über den Zollvertrag geltenden schweizerischen Rechtsvorschriften auf die siebziger Jahre zurückgingen. Jetzt liege diese Liste der anwendbaren Vorschriften vor, wobei mit dem Bundesamt für Landwirtschaft bereits im letzten Jahr auch Gespräche über die künftige Agrarpolitik im Hinblick auf den EWR und das GATT geführt worden seien.

Direktzahlungen und Ökologie

Die Kurskorrekturen, die im 7. Landwirtschaftsbericht der Schweiz angedeutet seien, würden tarifäre Massnahmen, marktgerechtere Preise sowie die Lockerung der Preisgarantien betreffen. Ausserdem werde die künftige Landwirtschaftspolitik vermehrt von den Begriffen integrierte Produktion und biologischer Landbau geprägt, erklärte Regie-

rungschef-Stellvertreter Wille. Im landwirtschaftlichen Leitbild sind nach seinen Angaben diese Aspekte ebenfalls enthalten. In Zukunft werde die Stützung der Landwirtschaft vermehrt in Richtung von Flächenbeiträgen, unabhängig von der Produktion, gehen. Allerdings betonte er auch, dass Liechtenstein in Zukunft wie heute eine Landwirtschaft brauche, die gute Produkte für die Versorgung der Bevölkerung erziele.

Festhalten am EWR

Nachdem Regierungschef-Stellvertreter Wille über die Luftreinhalteverordnung, Regierungsrat Wilfried Büchel über den regionalen Verkehrsverbund und Regierungsrat René Ritter über das Umweltverträglichkeitsverfahren für die geplanten Rheinkraftwerke berichtet

Weltwirtschaftsforum debattierte über Umweltrisiken

Davos: Umweltschäden immer häufiger ein teurer Versicherungsfall

Davos (spk/dpa) Immer häufiger werden Umweltschäden zu einem teuren Versicherungsfall. Allein in den USA gibt es etwa 400 000 «verunreinigte Standorte», und in Hunderten von Prozessen um Umweltkosten stehen sich Unternehmer und Versicherer gegenüber. «Umwelt ist ein teures Problem», sagte der Fachmann für Umweltrecht, Bradford Gentry aus Grossbritannien, am Dienstag in Davos.

Die internationalen Experten kamen in einer Debatte am Weltwirtschaftsforum über Umweltrisiken zum Schluss, ein solides Verhalten von Unternehmen, Banken, Regierungen und Versicherungen sei notwendig, um die anwachsende Lawine von Versicherungsproblemen

hatten, nahm Regierungschef Hans Brunhart auf eine entsprechende Frage Stellung zu Vorwürfen an die Regierung, sie habe bei den EWR-Verhandlungen nicht das vorgesehene Verhandlungsergebnis erzielt. Der Regierungschef verwahrte sich in seinen Ausführungen, die sich auf einen Beitrag und ein Interview von alt Regierungschef Dr. Walter Kieber im VOLKSBLATT bezogen, gegen diese Unterstellungen. Er gab zu verstehen, dass die Regierung das von Dr. Walter Kieber angesprochene Papier für einen «dritten Weg» Liechtensteins zwar besitze, doch diese Ausführungen nicht auf der politischen Linie liegen würden, so dass dieses Projekt nicht weiter verfolgt worden sei.

Regierungschef Brunhart betonte, dass die Regierung vorerst, solange die

Frage des EWR-Abkommens noch im Raum stehe, am Beitritt Liechtensteins zum EWR festhalte. Er betonte auch, dass er nicht der Auffassung sei, dass mit dem Beitritt zum EWR-Vertrag das Ende des liechtensteinischen Gesellschaftswesens bevorstehe.

Mit deutlichen Worten verwahrte er sich gegen die Vorstellung, dass die Schweiz im Dienstleistungsbereich alle ihre jetzigen Vorteile aufgeben würde, aber für Liechtenstein um diese Vorteile in Brüssel gewillt sei zu kämpfen, wie das nach seiner Auffassung das «Kieber-Modell» vorsieht. Ausserdem ist es nach seiner Ansicht falsch, sich jetzt schon zu stark auf eine Variante festzulegen – vielmehr gehe es darum, möglichst lange offen zu bleiben.

sinnvoll in den Griff bekommen zu können. In den USA würden 50 bis 70 Prozent der Sanierungsgelder ineffizient und vor allem für Prozesse verbraucht, sagte Gentry. Auch in der EG gebe es 300 000 verunreinigte Wirtschaftsstandorte, deren Sanierung jährlich Milliarden verschlingen werde.

Er hoffe jedoch, so Gentry weiter, dass in Europa «etwas rationeller» saniert werden könne, etwa durch öffentliche Fonds, damit die Haftpflichtversicherer nicht so stark zur Kasse gebeten würden. Bei Katastrophen werde Europa sicher die gleichen Probleme wie die USA bekommen, so dass in der EG überlegt werden solle, ob ein Umweltfonds mit oder ohne die Versicherer zur wirksamen Ab-

deckung geschaffen werden könnte, erläuterte Gentry.

In der Debatte ging es um die Fragen, ob Gerichte der richtige Ort seien, um über Altlasten zu befinden, und ob nicht auch die Versicherungsverfahren vereinfacht werden sollten. «Bisher ziehen allein die Rechtsanwälte Gewinn aus den Verfahren», meinte Maurice Greenberg, Chef der American International Group. Verantwortlich sei dabei die heutige Gesetzgebung, Gelder würden sinnlos für teure Prozesse ausgegeben.

Versicherungsdeckung sei für eine «allmähliche Verschmutzung» nicht oder ungenügend vorhanden, so Walter Scott, Katastrophenversicherer der ACE Insurance Co. (Bermuda).

Für Abschaffung der direkten Bundessteuer

Bern (AP) Der Druck für eine völlige Umgestaltung des Schweizer Steuersystems wächst: Unter Federführung des Schweizerischen Gewerbeverbandes (SGV) hat am Dienstag ein bürgerliches Komitee die Initiative «zur Abschaffung der direkten Bundessteuer» lanciert, die es bereits im Sommer deponieren will.

Spätestens in zehn Jahren soll der Bund nur noch indirekte Steuern auf Gütern und Dienstleistungen erheben, die Steuer auf Einkommen und Gewinnen soll vollständig den Kantonen und Gemeinden überlassen werden.

Bei der bevorstehenden Auseinandersetzung um die neue Finanzordnung will das Initiativkomitee den Wechsel zur Konsumsteuer unter Ausschaltung der Taxe occulte vorbereiten und dies mit dem Verzicht auf die direkte Bundessteuer bis Ende 2002 koppeln. Damit soll den Kantonen und Gemeinden Spielraum verschafft werden, um mit Erhöhungen der Einkommensteuern ihre Finanzen zu sanieren. Der interkantonale Finanzausgleich soll dennoch im geltenden Umfang aufrechterhalten werden.

DENNER-Satellit

Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

Schaan-Vaduz

Raclette-Käse
Fr. 14.40/kg

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.